

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: FH.FH-IF Wir machen das Internet frei und sicher

- 1 Smartphones, Internet, soziale Netzwerke: Der digitale Wandel verändert unsere Gesellschaft
2 in einem ungeheuren Ausmaß. Digitale Dienstleistungen erhöhen dabei unsere Lebensqualität,
3 vom Zugang zu Informationen, Open Data und onlinebasierter Bürgerbeteiligung bis zu
4 Carsharing und intelligent gesteuerter Stromversorgung. Gleichzeitig sind viele Menschen
5 verunsichert. Ständig müssen wir erreichbar sein, Unternehmen erstellen detaillierte
6 Profile, Internetkonzerne wissen immer mehr über uns und unser Leben, im Netz wachsen
7 Brutstätten des Hasses. Ängste vor digitaler Spaltung oder Jobverlust nehmen zu.
- 8 Unsere Digitalpolitik richtet sich an den Bedürfnissen der Menschen aus. Demokratische
9 Grundpfeiler wie das Recht auf digitale Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und
10 Verbraucherschutz, eine effektive IT-Sicherheit und die Chancengleichheit stehen im
11 Mittelpunkt unserer Konzepte für eine lebenswerte digitale Gesellschaft. Wir wollen den
12 digitalen Wandel aktiv gestalten. Dazu gehört es, mühsam erkämpfte Rechte online
13 durchzusetzen. In der digitalen Welt müssen wir für Freiheit, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit
14 und Demokratie und gegen Hass, Hetze und Gewalt genauso streiten wie in der analogen.
15 Genau
16 das hat die Große Koalition sträflich verpasst. Jahrelang erkämpfte Fortschritte beim Schutz
17 der Privatsphäre, der Persönlichkeit oder von Verbraucherinnen und Verbraucher dürfen nicht
18 im und durch das Netz einfach abgeräumt werden.
- 19 Wir Grünen stellen uns auch übermächtig erscheinenden IT-Konzernen entgegen. Das Recht auf
20 digitale Selbstbestimmung ist zentral im digitalen Zeitalter. Wir streiten mit aller
21 Entschlossenheit für einen innovativen Daten- und Verbraucherschutz mit höchsten Standards,
22 eine effektive IT-Sicherheit und digitale Chancengleichheit. Der Staat bleibt in der
23 Pflicht, private Kommunikation und digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Gemeinsam
24 mit einer engagierten Zivilgesellschaft streiten wir für Innovationen, mehr E-Government,
25 offene Daten, Vertrauen und Sicherheit in der digitalen Welt und gegen Massenüberwachung –
26 egal ob durch Unternehmen oder Geheimdienste. Nur wenn wir der Sicherheit des Netzes
27 vertrauen können, können wir auch die Potentiale des digitalen Wandels für Bildung, sozialen
28 Fortschritt und eine nachhaltige Wirtschaft voll ausschöpfen.
- 29 **Ein Netz für alle**
- 30 Wir wollen schnelles Internet für alle Haushalte und Unternehmen, überall in Deutschland.
31 Ein schneller Internetanschluss gehört wie ein Telefonanschluss zur staatlichen
32 Daseinsvorsorge. Deshalb haben wir beispielsweise in Baden-Württemberg bereits die weißen
33 Flecken bei der Netzabdeckung um 80 Prozent reduziert. Der Stillstand im Bund beim
34 Breitbandausbau steht sinnbildlich für das digitalpolitische Versagen der Großen Koalition.
35 Noch immer gibt es viel zu viele „weiße Flecken“. Das wollen wir ändern. Wir wollen einen
36 zukunftsfähigen und umfassenden Breitbandausbau auf der Basis von Glasfaser. Dafür widmen
37 wir die Telekom-Aktien im Wert von rund zehn Milliarden Euro in Bundesbesitz um und
investieren sie in den Breitbandausbau.

38 Wir setzen uns für echte Netzneutralität, für offene und rechtssichere WLAN-Zugänge und die
39 Förderung von Freifunk ein. Denn echte Netzneutralität ist die Voraussetzung für einen
40 fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Zugang. Ein „Zwei-Klassen-
41 Internet“ braucht niemand. Schon seit langem stellt der digitale Wandel uns auch vor die
42 Frage der Nutzung und Vergütung digitaler Inhalte. Wir wollen eine Reform des Urheberrechts,
43 die den Ansprüchen der neuen, digitalen Realität genügt. Sie soll bürgerrechtskonform sein
44 und die Interessen von Verbraucher*innen und Urheber*innen fair ausgleichen. Nutzerinnen und
45 Nutzer digitaler Inhalte sollen bei Ausleihe und Weiterveräußerung nicht schlechter gestellt
46 werden als bei analogen Gütern. Gleichzeitig müssen Urheber*innen angemessen vergütet
47 werden.

48 **Gemeinsam gegen Hass im Netz**

49 Mit Sorge beobachten wir die Verbreitung von Hass und Hetze im Netz. Die Strafverfolgung
50 hingegen hinkt diesen Auswüchsen weit hinterher. Wir Grünen wollen dafür sorgen, dass
51 Menschen, die sich volksverhetzend äußern oder andere mit Mord- und
52 Vergewaltigungsphantasien bedrohen, konsequent zur Rechenschaft gezogen werden.
53 Internetunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, rechtswidrige Posts und
54 Kommentare nach umgehender Prüfung sofort zu löschen und zu dokumentieren, um eine
55 effektive
56 Strafverfolgung und Durchsetzung individueller Rechte zu ermöglichen.
57 Strafverfolgungsbehörden und Gerichte müssen technisch und personell so ausgestattet
58 werden,
59 dass sie Rechtsverstöße im Netz in angemessener Zeit bearbeiten können. Im Netz muss
60 erkennbar sein, ob Mensch oder Maschine kommunizieren. Wir fordern deshalb eine
61 Kennzeichnungspflicht für Computerprogramme (Social Bots), die eine menschliche Identität
62 vortäuschen und zu Zwecken der Manipulation und Desinformation eingesetzt werden können.
63 Nicht alles, was hetzerisch im Netz geäußert wird, ist rechtswidrig. Meinungsfreiheit gilt
64 auch für abseitige, oftmals schwer erträgliche Positionen. Plattformen wie Facebook müssen
65 in die Pflicht genommen werden, Community-Standards durchzusetzen. Dies benötigt eine
66 aktive digitale Zivilgesellschaft, die sich einbringt, Inhalte kritisch hinterfragt und
67 Hausregeln auf der Webseite auch durchsetzt. Ein demokratisches Netz braucht Nutzerinnen
68 und
69 Nutzer, die Hass und Fakes eine klare, ethisch begründete Haltung entgegensetzen.
70 Digitale Kompetenz ist heute eine Grundvoraussetzung für gleichberechtigtes und
71 selbstbestimmtes Leben. Wir wollen daher mehr Programme für digitale und kulturelle Bildung
72 in Kindertagesstätten, Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung. Auch Polizei und
73 Staatsanwaltschaften müssen hier ihre Kompetenz erweitern. Für Frauen und Mädchen, die
74 Opfer
75 von Cybermobbing und Gewalt im Netz geworden sind, benötigen wir mehr Beratungs- und
76 Anlaufstellen sowie geschulte Strafverfolgungsbehörden.

73 **Vertrauen im Netz sichern**

74 Wer ständig überwacht wird, ist nicht frei. Selbst wer glaubt, „nichts zu verbergen zu
75 haben“, ist angreifbar. Effektiver Grundrechtsschutz ist das Fundament einer freien
76 Gesellschaft. Dies gilt auch im digitalen Zeitalter. Menschen müssen wissen, wer wann was

77 über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur informationelle Selbstbestimmung. Die
78 Wahrung von Grundrechten im Digitalen darf keinesfalls auf den Einzelnen abgewälzt werden.
79 Vielmehr bleibt der Staat in der Pflicht, private Kommunikation, persönliche Daten und
80 digitale Infrastrukturen effektiv zu schützen. Wir werden weiter auf allen politischen
81 Ebenen für starke Regeln zur Vertraulichkeit elektronischer Kommunikation und höchste IT-
82 Sicherheitsstandards kämpfen.

83 Hier setzen wir auf klare rechtliche Vorgaben, wollen aber auch Anreize für Unternehmen
84 schaffen, in gute und sichere IT-Lösungen zu investieren. Den effektivsten Schutz vor
85 Angriffen bietet Prävention. Die bestehenden Aufsichtsstrukturen werden wir personell und
86 rechtlich deutlich stärken, um den Verbraucher- und Datenschutz konsequent zu gewährleisten.
87 Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) werden wir unabhängig stellen.
88 Private Kommunikation, öffentliche Stellen, die Wirtschaft sowie digitale Infrastrukturen
89 werden wir effektiv vor IT-Angriffen schützen.

90 Mit der Vernetzung von immer mehr Gegenständen des täglichen Lebens („Internet of Things“)
91 wachsen die Anforderungen an eine verlässliche IT-Sicherheit. Wir wollen daher auch für
92 Software die seit Jahren fehlende Produkthaftung einführen und bei Geräten mit
93 Internetanschluss die Hersteller zu regelmäßigen Sicherheits-Updates verpflichten.

94 **Was macht ihr mit meinen Daten?**

95 Seit wir immer mehr online erledigen, wissen auch unzählige Unternehmen, wohin wir gehen,
96 was wir lesen, was wir kaufen, wer unsere Freunde sind oder wie oft wir verschuldet waren.
97 Die Methoden werden besser, die Daten immer mehr. Wir müssen die Kontrolle über die Daten
98 zurückerkämpfen – denn sie gehören uns! Deshalb ist für uns der Verbraucherschutz im Netz so

99 wichtig (à Kapitel: Wir machen Verbraucherinnen und Verbraucher stark). Nutzerinnen und
100 Nutzer brauchen ein Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung ihrer Daten
101 gegenüber internationalen Unternehmen. . Automatisierte Diskriminierung wollen wir
102 unterbinden, sei es beim individuellen Preis-Profiling, beim Kredit-Scoring oder auch bei
103 der inneren Sicherheit. Und wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Unternehmen an die
104 rechtlichen Vorgaben wie das neue EU-Datenschutzrecht halten.

105 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

106

107 **Schnelles Internet für alle – Glasfaser ausbauen**

108 Wir wollen, dass schnelles Internet in jedem Stadtviertel, jeder Gemeinde und jedem Dorf
109 Standard ist. Dafür werden wir die Breitbandversorgung überall in Deutschland verbessern und
110 die Glasfaserkabel ausbauen – von der Banken-City bis zu jedem Bauernhof. Der Bund soll
111 dafür seine Telekom-Aktien in Höhe von zehn Milliarden Euro verkaufen und die Einnahmen in
112 den Breitbandausbau investieren. Der Ausbau von Leerrohren als Basis für die Glasfaserkabel
113 steht dabei im Vordergrund. Um Wettbewerb zu sichern, können sowohl Kommunen als auch
114 Unternehmen die Leitungen legen und die Netze betreiben.

115

116 **Datenschützer*innen stärken, neues Klagerecht einführen**

117 Die Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern und die Verbraucherschutzverbände sind
für
118 wirksamen Datenschutz enorm wichtig. Sie müssen mit der Digitalisierung von immer mehr
119 Lebensbereichen Schritt halten. Von Big Data, Internet der Dinge, Industrie 4.0 bis zur
120 Digitalisierung im Gesundheitswesen, im Verkehr oder der Energieversorgung: Für immer mehr
121 Bereiche brauchen wir Schutzkonzepte und aufmerksame Datenschützer*innen. Auch die neue
EU-
122 Datenschutzgrundverordnung stellt neue Anforderungen. Um diese Aufgaben zu bewältigen,
123 wollen wir unsere Datenschutzaufsichtsbehörden institutionell und personell stärken. Neben
124 mehr Personal fordern wir, ihnen ein Klagerecht vor Zivilgerichten einzuräumen, damit sie
125 wirkungsvoller gegen Datenschutzverstöße von Unternehmen vorgehen können.

126

127 **Moderne Verwaltung mit E-Government**

128 Mit mehr Mut zu Open Data, barrierefreien E-Government-Dienstleistungen und Open
Government
129 werden wir einen entscheidenden Beitrag leisten, um unsere Verwaltung zu modernisieren,
130 Bürokratie abzubauen und unsere Demokratie zu beleben. Wir setzen uns für Open-Data-Regeln

131 ein, die Behörden verpflichten, vorhandene Daten von sich aus leicht auffindbar,
132 maschinenlesbar und kosten- und lizenzfrei für die Öffentlichkeit bereitzustellen.